Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vom 2. März 2022
– Drucksache 17/2051**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen COM(2021) 891 final

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vom 2. März 2022 – Drucksache 17/2051 – Kenntnis zu nehmen.

23.3.2022

Die Berichterstatterin:

Sabine Hartmann-Müller

Die stellvertretende Vorsitzende:

Andrea Bogner-Unden

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Drucksache 17/2051, in seiner 9. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 23. März 2022. Vorberatend hatte sich der Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen mit dieser Mitteilung befasst und empfohlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Ein Vertreter des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führte aus, das übergeordnete Ziel des EU-Vorschlags für eine Verordnung über einen Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen sei die Stärkung des Schengenraums und die Gewährleistung eines hohen Maßes an Sicherheit durch Optimierung und einheitliche Anwendung der Regelungen für Maßnahmen der Mitgliedstaaten an den Schengen-Außen- und Binnengrenzen. Hierdurch solle die Reaktions- und Handlungsfähigkeit der EU hinsichtlich schwerwiegender Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit, Bedrohungslagen infolge der Instrumentalisierung von Migranten, illegalen Migrationsbewegungen und Terrorismus eine elementare Verbesserung erfahren.

Ausgegeben: 30.3.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Der Verordnungsvorschlag sei Teil eines kohärenten Pakets zur europäischen polizeilichen Zusammenarbeit im Rahmen des Polizeikodex. Er umfasse Regelungen zur vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen, u. a. durch verstärkte Prüfungs- und Berichtspflichten, effizientere Kontrollen der Außengrenzen sowie alternative Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Damit solle die Notwendigkeit zur temporären Wiedereinführung von Grenzübertrittskontrollen an den Binnengrenzen verringert werden.

Dem Rat solle ermöglicht werden, rechtzeitig einen verbindlichen Rechtsakt zur Verhängung vorübergehender Reisebeschränkungen an den Außengrenzen als Reaktion auf Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit zu schaffen. Dank dieses Mechanismus könnten Reisebeschränkungen in allen Mitgliedstaaten einheitlich angewandt werden.

Der Vorschlag ziele ferner darauf ab, der Instrumentalisierung von Migranten entgegenzuwirken, wenn ein Akteur in einem Drittstaat Menschen benutze, um die Union oder ihre Mitgliedstaaten zu destabilisieren.

Um sicherzustellen, dass Grenzübertrittskontrollen an den Binnengrenzen das letzte Mittel der Wahl blieben, sei in dem Vorschlag eine Verpflichtung zur Risikobewertung verankert, die ein Mitgliedsstaat bei seiner Entscheidung über die vorübergehende Wiedereinführung oder die Verlängerung der Grenzübertrittskontrollen an den Binnengrenzen vorzulegen habe.

Der Vorschlag sehe zudem vor, dass stets Schutzmaßnahmen getroffen werden sollten, um die negativen Auswirkungen der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzübertrittskontrollen an den Binnengrenzen einzudämmen.

Zudem würden ein Verfahren zur vereinfachten Rücküberstellung an den Binnengrenzen bei illegaler Einwanderung und eine Änderung der EU-Rückführungsrichtlinie vorgeschlagen.

Der Vorschlag werde grundsätzlich begrüßt. Durch Optimierung und Vereinheitlichung der Vorgehensweise im Hinblick auf die Grenzkontrollen an den Binnen- und Außengrenzen könne ein Instrumentarium geschaffen werden, um das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken.

Abg. Bernd Mettenleiter GRÜNE brachte vor, der Schengener Grenzkodex präge den Alltag in Europa, insbesondere auch im Südwesten an der Grenze zu Frankreich. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass es einer Anpassung des rechtlichen Rahmens bedürfe, um Herausforderungen bei Bedrohung der öffentlichen Gesundheit oder bei der Instrumentalisierung von Migranten an den Außengrenzen begegnen zu können.

Es brauche einen rechtssicheren Handlungsspielraum, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig müsse die Freizügigkeit im Schengenraum bewahrt werden. Von besonderer Wichtigkeit sei dabei, dass Schutzsuchenden der Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren nicht erschwert werden dürfe.

Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU zeigte auf, es brauche eine Optimierung der Regeln hinsichtlich der Außen- und Binnengrenzen im Schengenraum. Etwaigen Gefahren im Gesundheitsbereich und im Terrorbereich sowie dem Instrumentalisieren von Flüchtlingen sollten gemeinsame Maßnahmen entgegengesetzt werden. Die Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums könne nur gewährleistet werden, wenn die Außengrenzen wirksam geschützt würden.

Daher sei der Kommissionsvorschlag sehr zu begrüßen. Er berücksichtige die gegenwärtigen Herausforderungen, die sich in der Pandemie im Gesundheitsbereich oder durch eine Instrumentalisierung der Flüchtlinge stellten. Neben der personellen Aufstockung und dem Ausbau von Frontex sei es auch wichtig, die strategische Ausrichtung für das Management in Bezug auf die Außengrenzen auf die aktuellen Herausforderungen anzupassen.

Nichtsdestotrotz sollten Kontrollen an den Binnengrenzen absolute Ausnahmen bleiben. Denn Grenzkontrollen würden das, was den Schengen-Gedanken ausma-

che, ad absurdum führen. In der Pandemie seien – auch an der Außengrenze zur Schweiz – vermehrt Grenzkontrollen durchgeführt worden. Zu dem damaligen Zeitpunkt sei das richtig und wichtig gewesen, doch dürfe das immer nur eine Ausnahme bleiben.

Abg. Emil Sänze AfD legte dar, es sei sicherlich nicht verwunderlich, dass die AfD-Fraktion das Vorhaben sehr kritisch sehe. Gerade in Pandemiezeiten seien in fast allen Ländern in Europa immer wieder nationale Lösungen gesucht worden.

Den vorliegenden Verordnungsvorschlag sehe die AfD als Durchgriffsbeschluss der EU an, der Deutschland mehr oder weniger zu einem Verhalten zwingt. In erster Linie sehe er sich aber dem deutschen Staatsvolk verpflichtet und nicht Dritten. Überdies schränke der Verordnungsvorschlag Ausnahmetatbestände ein bzw. reglementiere diese, sodass ein Dritter diese bestimmen könne. Das sehe die AfD-Fraktion sehr kritisch.

Er bat daher um Auskunft, wie die Landesregierung es bewerte, dass eine solche Möglichkeit jetzt nicht mehr bestehe. Zwar habe eine Landesregierung kein Grenzregime aufrechtzuerhalten, doch müsste die Bundesrepublik Deutschland dazu eine Meinung haben.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP äußerte, sie begrüße diesen Vorschlag sehr. Schon im Koalitionsvertrag im Bund sei verankert, dass überlegt werden müsse, wie Schengen weiterentwickelt, noch funktionaler gestaltet werden könne und wie die Probleme, die es bisher gebe, weiter aufgelöst werden könnten.

Im Übrigen glaube sie, dass das deutsche Staatsvolk, wie es ihr Vorredner gerade formuliert habe, sehr von Schengen profitiere, insbesondere hier in Baden-Württemberg.

Wichtig sei, dass die Identitätsfeststellung gerade bei Drittstaatsangehörigen weiterhin gewährleistet sei und dass Schengen weiterhin gelebt werden könne. Sie begrüße das Vorhaben daher, hoffe aber, dass die finanziellen Auswirkungen, die laut Innenministerium bisher unklar seien, nicht zu hoch seien.

Abg. Nicolas Fink SPD wies darauf hin, Lösungen für die Herausforderungen der Pandemie werde es in der Rückkehr zum Nationalismus, wie es der AfD-Abgeordnete formuliert habe, nicht geben. Lösungen lägen immer im internationalen Zusammengehen, in der Solidarität. Eine Rückkehr zum Nationalismus bedeute am Ende immer Konflikt. Wozu dieser führen könne, werde gerade auf sehr deutliche Art und Weise erlebt. Deshalb unterstütze die SPD-Fraktion alle Maßnahmen, die dafür sorgten, dass in Europa gemeinsam gehandelt werde. Dazu gehöre auch der jetzt vorliegende Verordnungsvorschlag.

Abg. Emil Sänze AfD erwiderte, er habe nicht von Nationalismus, sondern von nationalen Entscheidungen gesprochen. Sein Vorredner sollte ihm nicht das Wort im Mund umdrehen, sondern besser zuhören.

Der Vertreter des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen erläuterte, die Möglichkeit der Schließung der Binnengrenzen bestehe nach wie vor. Hier werde lediglich eine Verhältnismäßigkeitsabwägung für alle Mitgliedsstaaten angepasst.

Es gebe beispielsweise auch die Möglichkeit, im Grenzraum verstärkt Kontrollen durchzuführen, bevor die Binnengrenzen geschlossen würden. Bevor die Endstufe der Schließung der Binnengrenzen erreicht werde, gebe es ein ganzes Paket an abgestuften Maßnahmen, und das im vereinheitlichten Rahmen, der für alle Mitgliedsstaaten gleiche Bedingungen schaffe, was auf europäischer Ebene dem Schengener Grenzkodex gerecht werde.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/2051 Kenntnis zu nehmen.

29.3.2022

Hartmann-Müller

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen vom 2. März 2022
– Drucksache 17/2051**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen
COM(2021) 891 final**

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vom 2. März 2022 – Drucksache 17/2051 – Kenntnis zu nehmen.

16.3.2022

Der Berichterstatter:

Daniel Karrais

Der Vorsitzende:

Ulli Hockenberger

B e r i c h t

Der Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen behandelte die Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vom 2. März 2022, Drucksache 17/2051, in seiner 8. Sitzung am 16. März 2022.

Der Ausschuss beschloss ohne weitere Beratung und ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

23.3.2022

Karrais